



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 18.9.2023

C(2023) 6389 endgültig

Herr Jean Asselborn
Minister für auswärtige und europäische
Angelegenheiten
Ministerium für auswärtige und
europäische Angelegenheiten
9, rue du Palais de Justice
L-1841 Luxemburg

Betreff: Notifizierung 2023/380/LU

**Vorentwurf einer großherzoglichen Verordnung über Materialien
und Gegenstände aus Metall und Legierungen, die dazu bestimmt
sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen**

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie
(EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Sehr geehrter Herr,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens nach der Richtlinie (EU) 2015/1535¹,
notifizierten die luxemburgischen Behörden der Kommission am 20. Juni 2023 den
„**Vorentwurf der großherzoglichen Verordnung über Materialien und Gegenstände
aus Metall und Legierungen, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in
Berührung zu kommen**“ (im Folgenden „der notifizierte Entwurf“).

Gemäß der Notifizierungsmitteilung enthält der notifizierte Entwurf *nationale
Anforderungen an Materialien, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen, um ein
hohes Maß an Schutz der öffentlichen Gesundheit zu erreichen.*

Am 26. Juni 2023 richtete die Kommission ein Ersuchen um zusätzliche Informationen
an die luxemburgischen Behörden und forderte sie auf, bestimmte Aspekte von Artikel 8
des notifizierten Entwurfs zu klären. Die luxemburgischen Behörden antworteten am
11. Juli 2023. Die Antwort wurde von der Kommission berücksichtigt.

¹ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein
Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste
der Informationsgesellschaft (ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1)

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, folgende Bemerkungen vorzubringen.

Artikel 8 des notifizierten Entwurfs mit dem Titel „Gegenseitige Anerkennung“ sieht Folgendes vor:

Die Bestimmungen dieser Verordnung mit Ausnahme des Artikels 7 sowie die entsprechenden Bestimmungen, die für das Königreich Belgien oder das Königreich der Niederlande gelten, wie sie sich aus dem Beschluss des Benelux-Ministerkomitees vom 17. Oktober 2022 M (2022) 12 über Materialien und Gegenstände aus Metall und Legierung ergeben, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen, gelten nicht für Erzeugnisse, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union rechtmäßig hergestellt oder in Verkehr gebracht wurden, der nicht den Benelux-Staaten oder der Türkei angehört oder in einem EFTA-Mitgliedstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum rechtmäßig hergestellt oder in Verkehr gebracht wurde, es sei denn, die gegenseitige Anerkennung kann gemäß den Artikeln 34 bis 36 des Vertrags über die Europäische Union nicht angewandt werden.

In ihrem Ersuchen um zusätzliche Informationen forderte die Kommission die luxemburgischen Behörden auf, weitere Erläuterungen zur praktischen Anwendung der „Ausnahme“ von Artikel 7 (Konformitätserklärung) aus dem Anwendungsbereich des „gegenseitigen Anerkennungsmechanismus“ vorzulegen. Die nationalen Behörden antworteten, dass *wenn es keine Konformitätserklärung(en) gibt, die die Konformität einer Baugruppe nachweisen, für die Verwender in der Lebensmittelindustrie eine Risikobewertung obligatorisch ist, um sicherzustellen, dass die im Anhang zu diesem Verordnungsentwurf festgelegten Freisetzungsgrenzwerte nicht überschritten werden. Diese Bewertungen sind in der gesamten Produktionskette obligatorisch, mit Ausnahme von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).*

Unter Berücksichtigung der Antwort der luxemburgischen Behörden geht die Kommission davon aus, dass die in Artikel 7 des Entwurfs vorgesehene(n) Konformitätserklärung(en) in jedem Fall vorgelegt werden sollte(n), andernfalls ist eine Risikobewertung für alle Wirtschaftsakteure, mit Ausnahme von KMU, obligatorisch. Daher müssen sich Produkte, die gemäß Artikel 7 des Entwurfs einer Konformitätserklärung unterzogen wurden, nicht auf den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung berufen, was die Anwendung dieses Grundsatzes jedoch von zusätzlichen Vorschriften abhängig macht.

Daher ergibt sich aus der Antwort der nationalen Behörden auf das Ersuchen der Kommission um ergänzende Informationen, dass die gegenseitige Anerkennung nicht gilt, wenn der Wirtschaftsakteur keine Konformitätserklärung(en) abgibt (außer wenn es sich um ein KMU handelt), da er eine Risikobewertung vorlegen muss.

Darüber hinaus hebt die Kommission in Artikel 8 des notifizierten Entwurfs den folgenden Satz hervor: *es sei denn, die gegenseitige Anerkennung kann gemäß den Artikeln 34 bis 36 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union nicht angewandt werden.* Die Kommission forderte die nationalen Behörden auf, anzugeben, was in Fällen erfasst werden sollte, in denen die „Anerkennung nicht angewendet werden kann“, gemäß den Artikeln 34 bis 36 AEUV. Die luxemburgischen Behörden antworteten, *es gibt keine besonderen Gründe, diese Bestimmung aufzunehmen, außer den Gründen der Klarstellung und Präzision gemäß Artikel 7 „Gegenseitige*

Anerkennung“ des Entwurfs des belgischen Königlichen Erlasses über Materialien und Gegenstände aus Metall und Legierung, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen und bemerkten, dass diese Präzision überflüssig sein und kann bei Bedarf zurückgezogen werden.

Die Kommission forderte die nationalen Behörden auf, diesen Satz aus Artikel 8 des notifizierten Entwurfs zu streichen, um Missverständnisse hinsichtlich der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung zu vermeiden.

Die Kommission erinnert daran, dass die Mitgliedstaaten gemäß Erwägungsgrund 16 der Verordnung (EU) 2019/515 über die gegenseitige Anerkennung von Waren², zwecks Sensibilisierung der nationalen Behörden und der Wirtschaftsakteure für den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung in Erwägung ziehen sollten, klare und eindeutige „Binnenmarktklauseln“ in ihren nationalen technischen Vorschriften vorzusehen, um die Anwendung des besagten Grundsatzes zu erleichtern.

Die Kommission stellt fest, dass der Artikel 8 des notifizierten Entwurfs von dem Wortlaut der Binnenmarktklausel im Leitfaden zur Verordnung (EU) 2019/515³ abweicht, die wie folgt lautet:

Waren, die rechtmäßig in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder in der Türkei in Verkehr gebracht wurden oder die ihren Ursprung in den Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum haben und dort rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden, gelten als mit diesen Vorschriften vereinbar. Die Anwendung dieser Vorschriften unterliegt der Verordnung (EU) 2019/515 vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind.

Um Rechtssicherheit und die ordnungsgemäße Anwendung der Verordnung 2019/515 über die gegenseitige Anerkennung von Waren zu gewährleisten, durch die Vermeidung von Ausnahmen, die nicht in der Verordnung vorgesehen werden, und Begriffen, die zu Missverständnissen führen könnten, werden die nationalen Behörden aufgefordert, Artikel 8 des Entwurfs durch eine Binnenmarktklausel zu ersetzen, deren Wortlaut mit dem oben genannten Vorschlag der Kommission übereinstimmt.

Die luxemburgischen Behörden werden gebeten, diesen Bemerkungen Rechnung zu tragen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut bei seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission übermittelt werden muss.

Hochachtungsvoll

² Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008 (Text von Bedeutung für den EWR) (ABl. L 91 vom 29.3.2019, S. 1).

³ Leitfaden zur Anwendung der Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2019 über die gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 764/2008.

Für die Kommission

Kerstin Jorna
Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und
KMU